7. Kann auf Grund des § 141 StPD. ein Verteidiger nur für eine Instanz bestellt werden?

II. Straffenat. Ur. v. 23. Januar 1928 g. M. II 781/27.

- I. Schöffengericht Berlin-Mitte.
- II. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

Die Revision des Rechtsanwalts Dr. A. rügt Verletzung des § 338 Nr. 5 und 8 StPD., da er, obschon Pflichtverteidiger, während der ganzen Beweisaufnahme bei der Verhandlung nicht anwesend gewesen sei und daher keine Gelegenheit gehabt habe, wichtige Fragen an die Zeugen zu stellen.

Die Rüge ist unbegründet.

Eine Verletzung des § 338 Nr. 5 StPD. läge nur vor, wenn die Verteidigung der Angeklagten notwendig war (RGSt. Bd. 57 S. 265). Notwendig ist die Verteidigung nach § 140 Abs. 3 StPD., wenn eine Tat den Gegenstand der Untersuchung bildet, die nicht nur wegen Rückfalls ein Verbrechen ist, und der Beschuldigte die Bestellung eines Verteidigers beauftragt. Der Antrag ist binnen der in Abs. 4 bezeichneten dreitägigen Frist zu stellen. Die erste Voraussetzung ist insofern erfüllt, als der Angeklagten nicht nur Rückfallbetrug, sondern auch schwere Urkundenfälschung zur Last gelegt war. Dagegen hat sie einen Antrag auf Bestellung eines Verteidigers innerhalb der gesetzlichen Frist nicht gestellt. Vielmehr hat der Rechtsanwalt B. unter dem 19. Oktober 1926 eine Vollmacht der Angeklagten auf ihn erhalten. Ein Anspruch auf Bestellung eines

Pflichtverteidigers stand daher der Angeklagten nicht zu (RGSt. Bd. 58 S. 102). Die von dem Amtsgericht B. am 26. Januar 1927 beschlossene Beordnung des Rechtsanwalts Dr. U. als „notwendiger Verteidiger“ für die erste Instanz konnte sich nur auf § 141 StPD. stützen, wonach das Gericht in anderen als den im § 140 bezeichneten Fällen auf Antrag oder von Amts wegen einen Verteidiger bestellen kann. Die unrichtige Bezeichnung als notwendiger Verteidiger konnte hieran nichts ändern. Die Ansicht der Revision, daß eine Beschränkung dieser Bestellung auf die erste Instanz unzulässig gewesen sei, ist unzutreffend. Der III. Strafsenat des Reichsgerichts hat bereits in dem Urteil III 537/25 vom 14. Dezember 1925 anerkannt, daß eine ausdrückliche Beschränkung der Bestellung eines Verteidigers auf die erste Instanz gemäß § 141 StPD. zulässig ist. Dieser Auffassung tritt der erkennende Senat bei. Die Befugnis des Amtsgerichts, die Bestellung eines Verteidigers ganz abzulehnen, schloß auch die Ermächtigung in sich, seine Beordnung auf das Verfahren in der ersten Instanz zu beschränken. Dies kann um so weniger zweifelhaft sein, als das Gericht zur Zeit der Bestellung nicht mit Sicherheit übersehen konnte, ob die Beordnung für einen späteren Verfahrensabschnitt und demgemäß die Belastung der Staatskasse mit den Gebühren für die geführte Verteidigung (§ 150 StPD.) noch erforderlich sein würde. Im Fall des § 143 StPD. ist die Zurücknahme der Bestellung sogar gesetzlich geboten. Auch diese Vorschrift läßt den Willen des Gesetzgebers erkennen, daß dem Angeklagten kein unentziehbarer Anspruch darauf zusteht, einen für die erste Instanz auf Grund des § 141 StPD. ihm beigeordneten Verteidiger in den höheren Instanzen zu behalten. Das Urteil RGSt. Bd. 37 S. 23 behandelt einen Fall, wo die Bestellung des Verteidigers mit gesetzlicher Notwendigkeit erfolgen mußte. Ein derartiger Fall lag hier nicht vor, da die Angeklagte den nach § 140 Abs. 3 StPD. erforderlichen Antrag auf Bestellung eines Verteidigers, soweit schwere Urkundenfälschung den Gegenstand der Untersuchung bildete, nicht innerhalb der nach Abs. 4 daselbst zu beobachtenden Frist gestellt hatte.